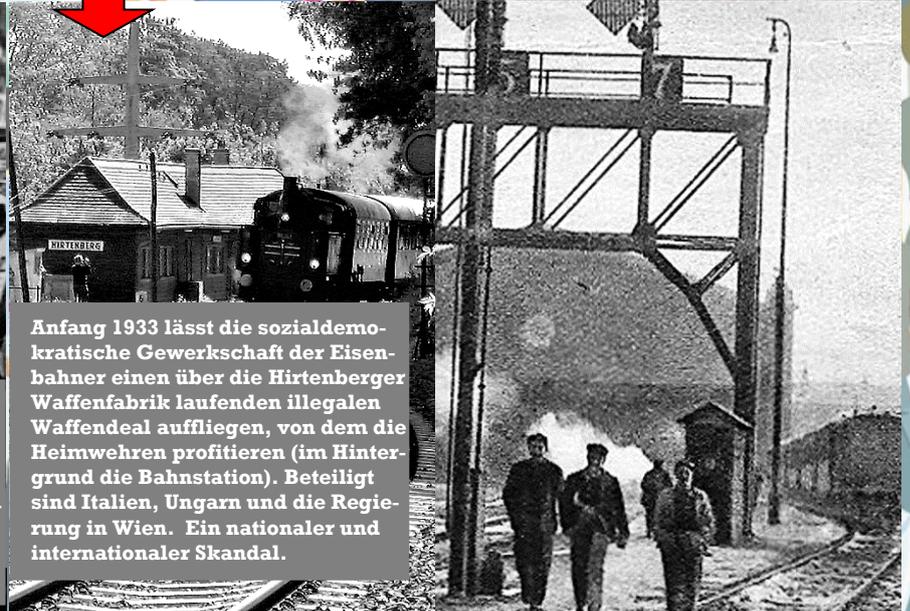


1932

1933



Um 1930 ist die Sozialdemokratie trotz ihrer Wahlerfolge schon politisch kaltgestellt und kann die Regierungspolitik nur wenig bremsen. Viele Enttäuschte, vor allem Jugendliche schließen sich der Kommunistischen Partei an, die dadurch stark an Gewicht gewinnt (oben die KP-Jugend bei einer Großveranstaltung 1932).



Anfang 1933 lässt die sozialdemokratische Gewerkschaft der Eisenbahner einen über die Hirtenberger Waffenfabrik laufenden illegalen Waffendeal auffliegen, von dem die Heimwehren profitieren (im Hintergrund die Bahnstation). Beteiligt sind Italien, Ungarn und die Regierung in Wien. Ein nationaler und internationaler Skandal.

Am 1. März 1933 streiken die Eisenbahner aller politischen Richtungen (oben rechts). Die Streikorganisatoren werden verhaftet und entlassen, die SDAP fordert deshalb eine Sondersitzung des Nationalrats für den 4. März.



1932 finden in Niederösterreich, in Salzburg und in Vorarlberg Landtagswahlen statt, in der Steiermark und in Kärnten Gemeinderatswahlen. Auch Wien wählt den Landtag und Gemeinderat. Überall erreichen Nationalsozialisten erstmals Mandate. Zusammenstöße von Nazis mit Sozialdemokraten und Kommunisten fordern in diesem Jahr vier Tote (im Hintergrund Aufmarsch „Schutzstaffel“ SA).



Die Nationalratssitzung vom 4. März 1933 (oben) wird das letzte Zusammentreten einer demokratisch gewählten Volksvertretung Österreichs für fast 13 Jahre sein. Die SDAP bringt einen Antrag gegen das Vorgehen der Regierung ein, die Großdeutsche Volkspartei stellt ebenfalls einen Antrag und das Regierungslager bringt eine Resolution ein. Bei der Abstimmung kommt es angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse auf jede Stimme an. Heftige Debatten und Tumulte und Probleme mit dem korrekten Ablauf sind die Folgen. Alle drei Nationalratspräsidenten treten zurück, die Sitzung kann nicht ordnungsgemäß geschlossen werden.

Im Winter 1932/33 ist über ein Viertel der Erwerbsfähigen arbeitslos. Anfang 1933 wird die Zahl der Arbeitslosen auf über 600.000 geschätzt, darunter etwa 200.000 „Ausgesteuerte“, die auch keine Notstandshilfe mehr erhalten. Sie leben, wo das überhaupt möglich ist, von der Armenfürsorge ihrer Heimatgemeinde oder vom Betteln. Trotzdem wird das Budget durch die extrem hohe Arbeitslosigkeit stark belastet, wenn auch die Rettungsaktion für die Creditanstalt unter Beibehalten des „harten Schillings“ hauptverantwortlich für den noch einmal drohenden Staatsbankrott ist. Er wird 1932 durch eine weitere Völkerbundanleihe verhindert, diesmal in Lausanne vereinbart. Die Auflagen sind so hart wie 1922 und wie 1922 entsprechen sie den Vorstellungen der Wiener Regierung. Die extreme Sparpolitik ist auch der Grund für den Eisenbahnerstreik am 1. März 1933: Mit Verweis auf das Defizit der Bahn werden die Pensionen vorerst gar nicht mehr und die März-Löhne nur mehr in drei Raten ausgezahlt. Zur Rechtfertigung der Strafmaßnahmen gegen die Streikenden beruft sich die Regierung auf eine Notverordnung aus dem Ersten Weltkrieg. Das harte Vorgehen signalisiert nach Italien, dass man in Wien die Zusage, die sozialdemokratische Opposition zu zerschlagen, ernst nimmt.